

Christen in der Politik

Zwischen Kompromiss und Kompromittierung

Die Kirchen bekennen sich klar zu der Verantwortung, die sie für das demokratische Gemeinwesen tragen. Religion ist keine Privatsache – Christen müssen sich einmischen, wenn es um Nächstenliebe, das Gemeinwohl, Gerechtigkeit und Frieden geht. Und damit haben Christen einen politischen Auftrag. Doch wo stößt das „C“ in der aktuellen politischen Lage an seine Grenzen? Welche Erfahrungen gibt es in der Praxis? Und welche Perspektiven lassen sich für die Zukunft

abzeichnen? Diese Fragen standen im Mittelpunkt der Tagung „Christen in der Politik. Zwischen Kompromiss und Kompromittierung“, die die Evangelische Akademie Tutzing zusammen mit der Katholischen Akademie Bayern und der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung am 9. und 10. September 2016 in Tutzing durchführte. Im Anschluss dokumentieren wir die uns vorliegenden Referate und eine Gesprächsrunde mit drei Nachwuchspolitikern.



Das offizielle Begrüßungsfoto: Ministerpräsident a. D. Dr. Günther Beckstein und Kultusminister a. D. Professor Hans Maier mit den Einladenden: Prof. Ursula Männle, Udo Hahn und Dr. Florian Schuller (v.l.n.r.).

Christliche Politik – Ein Streifzug durch die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland

Hans Maier

I.

Christliche Politik – ein gewichtiges Wort. Wann habe ich es zuerst gehört? Das war in meiner Schülerzeit, in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg. Damals sprach Leo Wohleb, der spätere badische Staatspräsident, im Kaufhaus in Freiburg über die aktuelle Situation. Seine Rede begann mit folgenden Sätzen: „Das Spiel vom Antichrist ist aus. Es hat geendet, wie es enden musste: Die Teufel sind wieder in der Hölle verschwunden, die Götzen von ihren Sockeln herabgestürzt, und gesiegt hat über die Lüge der wahrhaftige Gott, über Verbrechen und Gewalttaten Gottes Gerechtigkeit, und Not und Elend wird Gottes Barmherzigkeit wenden.“

„Zuviel Pathos!“ – so reagieren wir heute, wenn wir so etwas hören. Aber damals war dieser Ton weit verbreitet. In mehreren der in dieser Zeit entstandenen Landesverfassungen herrscht er vor. So gibt sich Bayern 1946 eine demokratische Verfassung – ich zitiere – „angesichts des Trümmerfeldes, zu dem eine Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott, ohne Gewissen und ohne Achtung vor der Würde des Menschen die Überlebenden des Zweiten Weltkrieges geführt hat“. Und drei Jahre später beginnt das Grundgesetz wie bekannt mit den Worten: „Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen“.

Also: Abscheu gegenüber der „gottlosen“ Vergangenheit, Besinnung auf Gott, den Schöpfer und Erhalter der Menschheit, Forderungen nach einer christlichen Politik in Gegenwart und Zukunft – das war der politische Grundton in jener Zeit. In der Schrecksekunde nach dem Zusammenbruch erschien Politik aus christlicher Verantwortung als ein Gebot der Stunde. Und



Prof. Dr. Hans Maier, Staatsminister a. D.

diese Stimmung reichte weit über den Kreis der Kirchentreuen, religiös Gebundenen hinaus.

Es blieb nicht bei verbalen Bekenntnissen und Vorsätzen. Man suchte nach konkreten Formen politischer Realisierung des Christlichen. 1945/46 wurden die christlich-demokratische und die christlich-soziale Union gegründet. Ihre Gründung hatte einen doppelten Zweck: Es galt die Weimarer Parteienzersplitterung durch eine Sammlung in der Mitte zu überwinden – und es galt der jahrhundertealten konfessionellen Trennung die politische Zusammenarbeit der Konfessionen entgegenzusetzen.

II.

Die CDU/CSU war eine Nova am deutschen Parteienhimmel. Zum ersten Mal erschien das Wort „christlich“ in einem Parteinamen (wenn man vom evangelischen „Christlich-Sozialen Volksdienst“, einer kleinen Partei der Weimarer Zeit, absieht). Das war neu und sicherlich ein Wagnis. Das Wort „Union“ zielte nicht nur auf die Parteiorganisation, es hatte auch einen ökumenischen Hintergrund. Mein historischer Lehrer Gerhard Ritter, ein evangelischer Christ und Widerstandskämpfer, der 1944/45 mit knapper Not dem Galgen entgangen war, hat uns Studenten oft geschildert, wie sich evangelische und katholische Gefangene in Berlin nach ihrer Befreiung im April 1945 in den Armen lagen: „Das war“, so pflegte er zu sagen, „der Anfang der Union.“

Zwischen den Konfessionen wurde vieles anders nach dem 8. Mai 1945. Die alten geschlossenen Konfessionsgebiete verschwanden, lösten sich auf in der riesigen Wanderungs- und Mischungsbewegung der deutschen Bevölkerung 1944-1947. Das Zeitalter des „Cuius regio eius religio“ ging zu Ende. Wechselseitige Rücksicht zwischen den Kirchen entwickelte sich. Es kam zu interkonfessionellen Initiativen. Sie traten an die Stelle des alten Nebeneinander – oft auch Gegeneinander – der Bekenntnisse. Auch in den Ausdrucks- und Wirkungsformen übernahm man jetzt vieles voneinander: So traten seit 1949 Evangelische Kirchentage neben die schon hundert Jahre alten Katholikentage. Umgekehrt übernahmen die Katholiken von den Evangelischen die Einrichtung kirchlicher Akademien – so ist zum Beispiel die Evangelische Akademie Tutzing ein volles Jahrzehnt älter als die Katholische Akademie in Bayern.

Die neuen Initiativen wurden in den fünfziger Jahren vor allem in der Außenpolitik spürbar. Die europäische Integration wurde zu einem zentralen Kennzeichen, einem Markenzeichen der christlichen Demokratie, in Frankreich, Italien, Deutschland und den Benelux-

ländern. Gemeinsam mit Robert Schuman, Alcide De Gasperi, Joseph Bech, Paul-Henri Spaak unternahm es Konrad Adenauer, den geschlagenen Deutschen eine neue Heimat in der europäischen Gemeinschaft zu geben. Definitiv schlug die deutsche Politik den Weg nach Westen ein; er sollte sich bald als endgültig und unumkehrbar erweisen. Spätere Bundeskanzler haben dann ähnliche Wege nach Osten gebahnt – so Brandt, Scheel und Schmidt. Helmut Kohl gelang schließlich – auf den Spuren Adenauers – die Wiedervereinigung der getrennten Teile Deutschlands und Hand in Hand damit die offizielle Beendigung des Krieges in Gestalt des 2+4-Vertrages. Wir stehen heute mitten in der – bislang – längsten Friedensperiode unserer Geschichte, ohne Gegner oder gar Feinde an unseren Grenzen – vielmehr, wie man zurecht gesagt hat, „umzingelt von Freunden“.

III.

Ich will hier keinen Abriss der deutschen Nachkriegspolitik geben. Aber ich sehe die Anstöße, die ich in meiner Jugend erlebte, bis heute in der deutschen Politik weiterwirken, auch wenn sich manches im Lauf der Zeit abgeschwächt und routinisiert hat. Die Haltung Deutschlands in der europäischen Flüchtlingsfrage 2015/16, die generelle Offenheit gegenüber Schutz- und Hilfesuchenden, erscheint mir als konsequente Fortsetzung jener Hinwendung zu Europa in den Fünfzigerjahren. Sie macht deutlich, dass für ein geeintes, der Humanität verpflichtetes Europa Freiheit nicht nur im Inneren gilt, sondern auch Wirkungen nach draußen entfaltet. Notabene: Alle diese Anstöße, damals wie heute, gingen und gehen von Politikern aus, die sich als Christen bekennen, die zum mindesten ein persönliches Verhältnis zur christlichen Überlieferung haben. Unter den elf Bundespräsidenten und den acht Bundeskanzlern der Bundesrepublik Deutschland war bisher kein dezidiertes Nicht-Christ.



Pfarrer Udo Hahn, Direktor der gastgebenden Evangelischen Akademie Tutzing, begrüßte die Tagungsteilnehmer.

Da ich in der Adenauerzeit politisch geprägt wurde, da ich einer christlich-sozialen Partei angehöre und da ich einen Teil meines Lebenswerkes der Erforschung der christlichen Demokratie gewidmet habe, bin ich auch sensibel, wenn sich Grundsätzliches verändert, wenn Fundamente einbrechen, die lange Zeit als fest, ja unerschütterlich galten. Das betrifft nicht nur das „C“, das Christliche, es betrifft auch das „U“, die Union.

Dass christliche Werte in der Öffentlichkeit schwächer werden, wenn die Kirchen laufend Mitglieder verlieren, ist ein wohl unvermeidlicher Prozess. Er geht eher schleichend als in großen Schüben und Stößen vor sich. Noch umfassen die großen Kirchen annähernd zwei Drittel der Bevölkerung. Noch hat sich unser vom Christentum geprägter Jahres-Festkalender kaum verändert. Feste kirchlichen Ursprungs und christliche Rituale umgeben nach wie vor die „Passagen“ unseres Lebens, wenn auch ihr Einfluss nicht mehr so deutlich spürbar wird wie früher und

vielen inzwischen einfach ein Stück Gewohnheit ist. Aber wir leben noch immer in einer Welt, die vom christlichen Verständnis des Lebens geprägt ist: Nicht nur, dass wir unsere Jahre nach Christi Geburt datieren, wir empfinden auch unser Leben, christlicher Vorstellung folgend, als einen einmaligen, unumkehrbaren, unwiederholbaren Akt, als ein Geschehen, für das wir Verantwortung tragen und das auch unsere unmittelbare Umgebung verpflichtet. Die nachreligiöse Gesellschaft, in die wir uns hineinbewegen, ist keine irreligiöse Gesellschaft; sie hat sich nur von ihren religiösen Ursprüngen entfernt – manchmal so weit, dass sie zwar noch deren Wirkungen wahrnimmt, aber den dahinterliegenden Sinn nicht mehr erkennen und weitervermitteln kann.

IV.

Das schwindende Christliche lässt auch eine Partei nicht unberührt, die sich nach ihm benennt. Trägt es noch



Professor Andreas Lob-Hüdepohl machte sich während der Diskussion eifrig Notizen.

genügend, ist es noch breit und stark genug? Oder ist es nur noch eine verblassende Erinnerung, sollte man also das „C“ ehrlicherweise aus dem Partei-

namen streichen? Ich bin dagegen, dass man es tut. Aber man muss sich bewusst sein, dass die vopolitische Stärke des Christlichen, wie sie unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg bestand – als Reaktion auf den „Antichrist“, wie man damals empfand – im Jahr 2016 nicht mehr so unmittelbar und direkt gegeben ist. Also kann man das Christliche nicht mehr, wie früher, einfach voraussetzen. Man muss sich neu darauf besinnen, muss es neu zu formulieren versuchen. Was uns trägt, muss sichtbar gemacht, muss vergegenwärtigt werden. Hier müssen wir unkonventionelle neue Mittel und Wege finden. Steht doch für große Teile Europas ohnehin der Versuch einer Neu-evangelisierung an. Sonst gerät der Kontinent ins Abseits in einer Welt, in der das Religiöse neue, oft verzehrende Kraft gewinnt.

Größere Sorge macht mir im Augenblick die Krise der Union. Es ist eine politische Krise; denn die ökumenische Seite hat ihre Bewährungsprobe längst bestanden; hat doch gerade die Flüchtlingsfrage die beiden Kirchen in Deutschland enger zusammengeführt als je zuvor. Doch der überflüssige Streit zwischen CSU und CDU droht die dringend notwendige Gemeinsamkeit zu erschüttern. Alte Illusionen feiern fröhliche Wiederkehr – so die Meinung, man könne mehr Wähler erreichen, wenn man getrennt statt vereint marschiert. Doch bei Parteien, die sich beide christlich nennen, heißt „getrennt marschieren“ notwendig „gegeneinander marschieren“. Und kein Kampf ist erbitterter als der Kampf um dieselben Wähler.

Überschätze ich den Symbolwert des Wortes Union? Ich meine nicht. Für mich reicht Union über die Parteipolitik hinaus. Es markiert einen geschichtlichen Neuanfang nach vierhundert Jahren konfessioneller Zerklüftung – und es hat Bedeutung auch für den landsmannschaftlichen und politischen Zusammenhalt von Süd und Nord, von bayerischen und außerbayerischen Traditionen. Union, das heißt Gemeinsamkeiten suchen statt Unterschiede zu betonen. Ich hoffe sehr, dass die Vernunft noch vor der nächsten Bundestagswahl zurückkehrt und dass die Kontinuität erhalten bleibt, die Deutschlands politischen Weg in und mit Europa in vielen Nachkriegsjahrzehnten ausgezeichnet hat. □



Das Podium am Samstag moderierte Direktor Udo Hahn (Mi.). Diskutanten waren Professor Andreas Lob-Hüdepohl, die Landtagsabgeordnete Kathi Petersen von der SPD, ihre CSU-Kolle-

gin Petra L. Guttenberger und Prof. Dr. Klaus Tanner, Ordinarius für Systematische Theologie an der Universität Heidelberg.

Junge Christen und Politik

Im Rahmen der Veranstaltung „Christen in der Politik“ äußerten sich auch drei Nachwuchspolitiker unterschiedlicher Parteien zu der Aussage „Zwischen Kompromiss und Kompromittierung“. Dr. Florian Schuller, Direktor der Katholischen Akademie Bayern, sprach mit Arno Logiewa (CSU), Stellvertretender Landesvorsitzender des RCDS in Bayern, Florian Schiffbauer (SPD), Studierendenrat Evangelische Theologie (SETh), und Julian Zuber, Mitglied des Bezirksausschusses Neuhausen-Nymphenburg in München für Bündnis 90/Die Grünen.

Florian Schuller: Herr Logiewa, Sie sind stellvertretender Landesvorsitzender des RCDS und studieren Jura in Bayreuth. Im Internet habe ich Ihr Motto gefunden: „Die Praxis sollte das Ergebnis des Nachdenkens sein, nicht umgekehrt.“ Dieses „sollte“ klingt so, als sei es gegen bestimmte Erfahrungen gerichtet. Warum haben Sie sich dieses Motto ausgesucht?

Arno Logiewa: Zum „sollte“: Es gibt Ausnahmen, die auch einmal erlaubt sind, weil es die Situation erfordert. Grundsätzlich: Ich komme aus dem hochschulpolitischen Bereich. Und da ist es leider oft so, dass man etwas tut, und nachher feststellt, dass es doch nicht so gelaufen ist, wie man es plante. Im Bildungsbereich sehen wir es bei der Diskussion über das G 8: hin und her – zurück und vor, und am Ende weiß keiner mehr, was richtig und gut ist. Hätte man sich vorher genauer Gedanken darüber gemacht, statt vermeintlichen Bevölkerungsmeinungen hinterherzulaufen, hätte man auf jeden Fall eine ruhigere Situation im Bildungssystem.

Florian Schuller: Und außerhalb des Bildungssystems funktioniert das mit dem Vorher-Nachdenken?

Arno Logiewa: Ich würde sagen, in vielen Fällen, aber nicht immer.



Arno Logiewa: „Im Bildungsbereich sehen wir es bei der Diskussion über das G 8: hin und her – zurück und vor, und am Ende weiß keiner mehr, was richtig und gut ist.“

Florian Schuller: Herr Schiffbauer, Sie studieren Evangelische Theologie an der LMU, einer der wenigen Universitäten weltweit, an der Orthodoxe, Evangelische und Katholische Theologie nebeneinander und miteinander studiert werden können. Sie sind dort Fachschaftsvertreter, engagieren sich auch im universitären Bereich, bauten vorher einen Bachelor of Arts in BWL und haben in einer Regionalbank gearbeitet. In einem Artikel vom 20. April 2016 schreiben Sie: „Ohne den Glauben an das Geld wäre unser Finanzsystem nicht denkbar... Der Aussage, dass Geld ein Opferkult unserer Gesellschaft ist, kann ich ohne Einschränkungen zustimmen.“ Zum Thema Geld habe ich zwei Zitate von Martin Luther gefunden. Das eine: „Geld ist des Teufels Wort, wodurch er in der Welt alles erschafft, so wie Gott durch das wahre Wort schafft.“ Und das andere: „Gott will nicht, dass man nicht Geld und Gut haben und nehmen soll, oder dass man es, wenn man es hat, wegwerfen sollte, wie etliche Narren unter den Philosophen und tolle Heilige unter den Christen gelehrt und getan haben.“ Welchem der beiden Zitate würden Sie zustimmen?

Florian Schiffbauer: Dem letzteren, aus Geld wächst Verantwortung. Es ist legitim, nach Geld zu streben. Aber ich muss dann auch an die Ärmsten denken, an jene, die unverschuldet in Leid geraten sind.

Florian Schuller: Herr Zuber, in Berlin und Oxford beschäftigen Sie zwei Professoren als Ihre Doktorväter; Sie waren vorher in Unternehmensberatungen aktiv, können Praktika im Auswärtigen Amt und im Bundestag vorweisen, sind in einem Münchner Bezirksausschuss präsent und Gründungsmitglied von Polis180, einem „Grassroots-Think-tank“, wie er sich selber definiert, für Außen- und Europapolitik. Auf dessen Homepage lese ich zwei interessante Abschnitte. Vom einen nur ein Satz herausgegriffen: „Wir stecken voller Ideale und wir mischen uns ein. Wir sind die nächste Generation der deutschen Außen- und Europapolitik.“ Und im nächsten Abschnitt heißt es dann: „Der Vorstand von Polis180 wird für einen Zeitraum von einem Jahr von der Mitgliederversammlung gewählt. Er setzt sich zusammen aus zwei Präsidenten/innen, einem Schatzmeister oder einer Schatzmeisterin, und bis zu sieben weiteren Mitgliedern. Der Vorstand führt die Geschäfte im Sinne der Satzung und der Beschlüsse der Mitgliederversammlung; seine Beschlüsse fasst er mit einfacher Mehrheit.“ Da zeigt sich doch eine unwahrscheinliche Spannung zwischen Idealen, die junge Menschen bewegen, und nüchterner Vereinsstruktur. Sehen Sie auch diese Spannung, oder ist das für Sie völlig normal, dass zwei solche Abschnitte hintereinander stehen?



Florian Schiffbauer: „Ich persönlich kann, von meinem Glauben aus gesehen, konkrete Maßnahmen oder Ziele definieren, aber ich würde mir nicht herausnehmen, sie zu generalisieren.“

Julian Zuber: Natürlich gibt es immer die großen Ideale, nach denen alle streben, und dann die nüchterne Umsetzungsarbeit. Das ist überall das Gleiche, auch in der Kommunalpolitik. Da fehlen uns manchmal vielleicht sogar die Ideale, es bleibt nervige Umsetzungsarbeit. Aber es ist so, dass ich sagen würde, dass es sich nicht widerspricht, weil wir ja gerade auch diese Prozesse so leben. Dass Sie das auf der Internet-Seite finden, weist noch auf ein drittes Element hin, nämlich Transparenz. Es braucht einfach mehr Verständigungsbereitschaft, die mir zurzeit sehr stark fehlt in der Politik.

Florian Schuller: Sie Drei haben vorhin den Gedanken von Dr. Beckstein und Prof. Maier zugehört. Wie haben Sie die Positionen der beiden Herren wahrgenommen?

Florian Schiffbauer: In der heutigen säkularen Gesellschaft muss ich diskurs- und konsensfähig sein, auch sprachlich. Wenn ich zum Beispiel als Christ Menschenrechte ausgehend von der Gottesebenbildlichkeit begründen will, muss ich sowohl juristisch wie politisch so argumentieren, damit deutlich wird, wie ich die Anderen als Menschen ernst nehme.

Florian Schuller: Haben Sie das vorhin bei den beiden Herren erlebt, oder hat Ihnen das gefehlt?

Florian Schiffbauer: Ich hätte es mir noch ein bisschen mehr gewünscht.

Florian Schuller: Diskursfähigkeit innerhalb der eigenen Gruppierung und vor allem darüber hinaus?

Florian Schiffbauer: Darüber hinaus. Wenn ich Politik betreibe, möchte ich ja

für alle sprechen, auch wenn ich Christ bin. Ich selber bin SPD-Mitglied. Von meinen Kollegen sind sehr viele ausgetreten!

Florian Schuller: Ausgetreten aus der SPD oder aus der Kirche?

Florian Schiffbauer: Aus der Kirche, aus der SPD selbstverständlich nicht. Aber viele sind nicht kirchennah, und wenn ich dann schöpfungstheologisch argumentieren würde, gewinne ich keinen Blumentopf.

Florian Schuller: Es gibt ja zum innerkatholischen Bereich seit einigen Monaten das inzwischen berühmte Buch von Erik Flügge, „Der Jargon der Betroffenheit. Wie die Kirche an ihrer Sprache verreckt“. Wie ging es Ihnen, Herr Zuber?

Julian Zuber: Was ich sehr schön fand, ist die übergreifende Sympathie. Als Jugendlicher hatte ich einen klaren politischen Gegner, die CSU. Aber von



Julian Zuber: „Natürlich gibt es immer die großen Ideale, nach denen alle streben, und dann die nüchterne Umsetzungsarbeit.“

Ihnen, Herr Dr. Beckstein, als Motivation zu hören, in der CSU ökumenisch tätig zu sein, hat mir klar gemacht, wie wichtig diese Partei für die Ökumene war. Ähnliches erlebe ich jetzt im Kommunalpolitischen, das über Parteien hinweg Verständigung stattfindet. Ich sehe nicht das große Kommunikationsproblem.

Ich meine auch nicht, dass Kirchen automatisch immer schwächer werden. Ich könnte mir sogar vorstellen, dass Kirchen stärker werden in der nächsten Zeit, gerade wegen der vielen Flüchtlinge. Denn man ist stärker damit konfrontiert sich zu fragen, was es eigentlich heißt, die christlich-abendländische



Dr. Florian Schuller moderierte das Podium mit den drei Nachwuchspolitikern. Am lebhaften Austausch waren beteiligt: Julian Zuber (Bündnis 90/Die Grünen), Florian Schiffbauer (SPD) und Arno Logiewa von der CSU (v.l.n.r.).

Kultur zu beschwören, aber gleichzeitig nie in die Kirche zu gehen. Ich glaube, dass wir schon ein Revival des Kirchlichen haben könnten. Das muss aber von den Leuten kommen und nicht durch irgendwelche Kommunikationschefs der Kirchen.

Florian Schuller: Wie erleben Sie Ihren Bezirksausschuss? Spüren Sie da starke innere Motivationen, oder geht es doch vor allem um sehr Praktisches, zum Beispiel einen neuen Fahrradweg?

Julian Zuber: Innere Motivation spielt eine große Rolle. Das wurde auch in der Debatte vorhin deutlich. Man könnte vielleicht ergänzen: Wichtig sind die Haltungen beziehungsweise die Vorgehensweisen politisch aktiver Personen. Im Bezirksausschuss bin ich zum Beispiel verantwortlich für Integrationsfragen. Dabei sind mir Kommunikations- und Verständigungsbereitschaft wichtig. Deshalb gab es Entscheidungen, neue Partizipationsformen auszutesten, wie zum Beispiel ein „World Cafe“, um zu schauen, was die Leute eigentlich denken, und sie nicht zu stigmatisieren, wenn sie irgendwelche Sorgen haben. Das fällt mir teilweise schwer, weil ich dazu tendiere, schnell mit einer grünen Moralkule zu kommen. Aber wir wollen versuchen, stärker darauf zu achten, welche Ängste oder Sorgen die Menschen haben.

Florian Schuller: Herr Logiewa, wie ging es Ihnen mit den beiden Staatsmännern?

Arno Logiewa: Ich wollte zum Thema Kommunikation noch etwas sagen. Ich glaube, dass es überhaupt kein großes Problem ist, wenn man versucht, mit christlichen Überlegungen auf einer Meta-Ebene zu argumentieren. Ich wüsste nicht, wo solch ein Kommunikationsproblem politisch aktuell auftritt. Wir haben gerade bei der Flüchtlingskrise gesehen, wie die Menschen zunehmend ernst genommen werden. Bestimmte extreme Parteien, die jetzt gewählt werden, sind vielleicht die unbezahlten Rechnungen der großen Volksparteien. Vielleicht gibt es in der Kirche ein Kommunikationsproblem, in der Politik nicht.

Florian Schuller: Was treibt Sie persönlich an, sich zu engagieren?

Arno Logiewa: Weil einem irgendetwas nicht gefällt, und man irgendetwas ändern will. Das ist immer der erste Schritt. Der zweite ist die interessante Frage, warum ausgerechnet in einer christlichen Partei oder Organisation, die das „C“ im Namen trägt. Das setzt schon einmal einen Rahmen, eben die christliche Werteordnung. Sie gibt einem Halt. So. Wie es auch in der Bibel steht – wie heißt das schöne Zitat – „Suchet der Stadt Bestes“. Vielleicht hat vor ein paar Jahrzehnten die Kirche noch eher dazu geneigt, sich gesellschaftlichen Aufgaben zu verschließen. Wenn man aber mitbestimmen will, gerade als Christ, muss man sich einfach engagieren.

Julian Zuber: Ich habe vor ein paar Monaten mit meinen Eltern über meine Kindheit gesprochen. Ich sei einmal – mein Vater ist Pfarrer – im Gottesdienst gewesen, konnte gerade sprechen und habe meine Mutter gefragt: Müssen jetzt alle meinem Vater zuhören? Sie hat gesagt, ja, und ich war einfach begeistert. Das ist anscheinend etwas, das irgendwie in mir drinsteckt, vielleicht ein Kommunikationsdrang. Und dann ist es ja einfach schön, konkrete Dinge auch umzusetzen, nicht nur über sie zu sprechen, sondern auch den Mut zu haben, sich zu positionieren, im Zweifel falsch zu liegen, aber vor Ort etwas zu machen. So ist München für mich sogar ein bisschen mehr Heimat geworden, weil ich dort politisch tätig bin. Alles zusammen ergibt die Motivation.

Florian Schiffbauer: Bei mir war die Motivation hochschulpolitisch. Wir haben zum Beispiel in München keine Studienordnung, weil man „Bologna“ umsetzen wollte, aber die Rechtsabteilung der LMU hat das anders gesehen, und so gab es Probleme in der Praxis. Man kann die Welt besser machen und will es dann auch.

Florian Schuller: Vorhin wurde selbstverständlich von „christlicher Wertordnung“ gesprochen. Diesen Begriff müssten wir mit Inhalt füllen, was ja gar nicht so einfach ist. Oder welche andere Wertordnung treibt Sie an?

Florian Schiffbauer: Es ist dasselbe wie mit „Leitkultur“ oder „Gemeinwohl“. Ich persönlich kann, von meinem Glauben aus gesehen, konkrete

Maßnahmen oder Ziele definieren, aber ich würde mir nicht herausnehmen, sie zu generalisieren. Auf Konkretes kann man sich einigen, die Gesellschaft funktioniert nicht anders. Aber darüber hinaus, in Richtung einer zentralen Werteordnung wird es sehr schwierig.

Arno Logiewa: Bei der christlichen Werteordnung gehört es schon dazu, dass wir uns auch über sie streiten können – innerhalb des Christentums. Darüber hinaus gibt es keine absolut verbindliche Position, sondern einen Diskurs in den Kirchen und zwischen den Kirchen. Für mich gehört dazu auch die Fähigkeit, zu verzeihen, wenn man sich einmal heftiger gestritten hat. Gerade aktuell haben wir ja eine solche Situation, in der wir vielleicht wieder etwas zurückdrehen müssen, auch zwischen den Unionsschwesterparteien.

Florian Schuller: Gibt es eine grüne Werteordnung?

Julian Zuber: Die CSU ist zurzeit deutlich zerstrittener als wir, aber wir sind auch divers, und da ist es schwierig, von einer Werteordnung zu sprechen, schon gar nicht von einer grünen. Es gibt natürlich viele Christen bei den Grünen. Übrigens finde ich das Wort „Werteordnung“ sehr komisch, weil es suggeriert, es gäbe keine Inkonsistenzen. Ein sehr deutsches Wort. Ich finde „Wertebild“ schöner. Trotz aller Grundsätze, die man sich selber auferlegt, oder an die man glaubt, wird es immer wieder Situationen geben, bei denen ich auch meine Überzeugungen hinterfrage. Etwas anderes zu behaupten wäre zumindest in meinem Fall unwahr. Dennoch finde ich es wichtig, dass man Grundprinzipien treu bleibt. Dann ist es leichter, sich auf die Achtung der Menschenwürde hin zu orientieren.

Florian Schiffbauer: Vielleicht kommt es nicht unbedingt darauf an, allgemein zu definieren, welche Werte oder Ordnung oder Wertebild man hat. Vielleicht reicht auch schon der Prozess, dass ich darüber reflektiere, auch gesellschaftlich immer wieder nachdenke.

Florian Schuller: Werte, Tugenden, Haltungen, Ideale – die kommen ja nicht irgendwie aus der Luft, sondern entstammen bestimmten Traditionen, nicht zuletzt im Raum der Kirchen. Wie

erleben Sie offizielle Stellungnahmen der Kirchen, seien sie nun von Bischöfen oder Synoden, oder anderen Repräsentanten? Erleben Sie die als hilfreich, als fordernd, als einengend?

Julian Zuber: Mich stört es weniger, was die Kirche, also die Institution Kirche, sagt, weil für mich als evangelischen Christen Kirche die Gemeinschaft der Gläubigen ist. Ich stimme Professor Maier zu, dass ich es als sehr angenehm empfinde, gerade in Deutschland und beispielsweise in Kontrast zu Polen, dass hier Gegenstimmen von Einzelnen kommen. Und ich bin sehr dankbar, dass es hier nicht jeden Sonntag den Bischof als Talkshow-Gast gibt.

Arno Logiewa: Die Flüchtlingskrise wurde schon angesprochen. In ihr zeigt sich, dass die Kirche doch sehr hilfreich ist, gerade dann, wenn sie politische Prozesse begleitet und manchmal auch zur Raison ruft. Aber alles muss sich an den politischen Realitäten messen. Die Kirche ist keine politische Organisation und braucht sich daher auch nicht mit den vielen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen auseinanderzusetzen, wie es die Politik tun muss.

Florian Schiffbauer: Kurz noch zum Kirchenbegriff. Wenn ich im katholischen Bereich hochschulpolitisch aktiv wäre, müsste ich nur mit der Deutschen Bischofskonferenz als Ansprechpartner telefonieren. Auf evangelischer Seite hat der Ansprechpartner auf Seiten der EKD häufig gar keinen eigenen Haushalt, und ich muss dann zu 22 oder 23 Landeskirchen gehen, das verkompliziert es natürlich. Man hat sich arrangiert damit, aber ich würde mir manchmal schon mehr Einigkeit oder auch Zusammenarbeit wünschen.

Im politischen Bereich finde ich es bemerkenswert, wie die EKD und auch die Deutsche Bischofskonferenz christliche Lobbyarbeit betreiben, besonders bei ethischen Fragestellungen. Das letzte Beispiel ist die Debatte über die fünfte Änderung des Arzneimittelgesetzes. Da ging es darum, ob man an Demenzkranken Versuche durchführen darf, wenn sie als Gesunde früher einmal zugestimmt hatten. Die Position der beiden Kirchen ist medial sehr gut aufgenommen worden, auch von der Politik.

Auf der anderen Seite, Herr Beckstein hat es vorher angesprochen, wer-

den Themen ausgeklammert, auch bei EKD-Denkschriften. Zum Beispiel ging es so bei Leitlinien kirchlichen Lebens, ob ein Ausgetretener zum Abendmahl zugelassen werden kann. Manche Stellen sind da schön konkret ausformuliert, aber dann fühlt man sich in der konkreten Praxis als Gemeindemitglied auch ein bisschen alleine. Ähnliches gilt bei gesellschaftspolitischen Positionen.

Florian Schuller: Sie alle drei sind evangelische Christen, ich bin der einzige Katholik auf dem Podium. Deshalb erlaube ich mir die Frage, wie Sie die katholische Kirche wahrnehmen.

Florian Schiffbauer: Man hat ziemlich viele Vorurteile als protestantischer Christ, weil man vieles nicht kennt. Wie ist das jetzt wirklich mit dem Papst, wann ist er wirklich unfehlbar? Es gibt eine Riesenpluralität im Katholizismus, die nehme ich als protestantischer Christ, wenn ich meinen Glauben liebe, erst einmal gar nicht wahr. Man spricht dann von „den“ Katholiken.

Julian Zuber: Ganz intuitiv habe ich das Gefühl, mit den Entwicklungen der letzten Jahre, auch in Bezug auf den Papst, dass es für mich heute deutlich leichter geworden ist, katholische Positionen zu unterstützen. Früher war das anders: Ich denke da vor allen Dingen an die Politik des Sexualstrafrechts, die Kämpfe, die auch ausgefochten wurden von CDU-Ministern in den 1980ern. Es scheint mittlerweile innerhalb der katholischen Kirche sehr viele Menschen zu geben, die Kopfschmerzen haben mit solchen Positionen.

Arno Logiewa: Der Diskurs in der katholischen Kirche wird zumindest bei den Katholiken, die ich kenne, die aber auch in der Kirche sehr aktiv sind, doch transparenter geführt. Es gibt viele begrüßenswerte Modernisierungen, aber bei diesem Wort scheue ich immer etwas zurück.

Florian Schuller: Wir haben über Werte gesprochen, über Werteordnung, über Grundhaltungen. Ein wichtiger Begriff in diesem Feld ist der der Verantwortung. Wenn man Sie fragt, wem gegenüber wissen Sie sich verantwortlich, was antworten Sie dann? Dem eigenen Gewissen? Personen gegenüber? Gott gegenüber? Allgemein den Menschen gegenüber? Der Zukunft gegenüber? Der Schöpfung gegenüber?

Florian Zuber: Eine sehr große Frage. Ohne irgendeine Wertung vorzunehmen, erstens den Menschen gegenüber. Ich bin mit 14 Jahren Amnesty International beigetreten, und das war auch einer der Hauptgründe, überhaupt politisch aktiv zu werden. Aber natürlich hat es auch etwas mit dem eigenen Gewissen zu tun, sich immer wieder zu prüfen und auch den Luxus zu haben, im Zweifel seinem Gewissen folgen zu können und eben auch die Konsequenzen daraus zu ziehen. Ich war noch nie in der Situation, dass das notwendig gewesen wäre, aber vielen Verantwortlichen in der Berufspolitik ist das schon passiert. Ich habe gerade das Gefühl, dass, überspitzt formuliert, die „baby boomer“ Europa an die Wand fahren, und die „millennials“ jetzt an die Macht müssen. Viele meiner Freunde sind überzeugt, dass in Bezug auch auf den „Brexit“, auf das, was in Frankreich oder auch in Osteuropa passiert, die jetzige, junge, nachwachsende Generation deutlich transnationaler denkt. Die Zeit rennt, gerade in Bezug auf 2017, und jetzt muss sich eine sehr starke Stimme auch der jungen Generation in Deutschland, Frankreich und Großbritannien formieren, spätestens in den nächsten

Monaten. Wir sind mit Schengen aufgewachsen, und das spürt man einfach an der Art, wie wir über Europa denken. Genau darauf richtet sich mein aktuelles Verantwortungsbewusstsein.

Arno Logiewa: Verantwortlich ist man vor allem zunächst sich selbst gegenüber, dann den Menschen, die man vertreten will, oder für die man sich engagiert. Deswegen habe ich auch Schwierigkeiten mit der „baby boomer“-Deutung, da schwingt für mich zwar nicht Arroganz mit, aber es hat ein Gschmäckle, wie man es sagt. Denn die „baby boomer“ sind auch die, die ein politisches Europa geschaffen haben. Dass sie das jetzt vor die Wand fahren würden, sehe ich nicht so. Aber ohne Frage müssen wir uns als junge Generation stärker einbringen auch in die europäische Politik, die eben doch als abstrakt und langweilig wahrgenommen wird. In unserer Generation gibt es viele Superengagierte, aber es gibt einen ganz großen Teil, die wenig Interesse am politischen Geschehen haben, wenn überhaupt.

Florian Schuller: Der evangelische Theologe kommt wohl bei Verantwortung um die Antwort Gott nicht herum?

Florian Schiffbauer: Genau. Ich habe mir aber schon gedacht, dass ich nicht zu theologisch oder idealistisch antworten sollte. Denn wenn ich mich als Mensch wahrnehme, gerade auch als nicht perfekten, und auf die irdische Situation sehe, nicht auf das Jenseits, sind meine Mitmenschen die Bezugspersonen.

Florian Schuller: Nochmals ein Blick auf Ihre Generation, auf Ihre Altersgenossen zwischen 20 und 30. Vorhin sprachen wir über den Brexit. Wenn Ihre transnational denkenden englischen Altersgenossen mehr zur Wahl gegangen wären, und nicht nur zu 30 Prozent, dann wäre das Brexit-Votum anders ausgefallen. In Ihrer Generation, sagt man, gibt es die Sehnsucht nach „work-life-balance“, danach, Beruf und privates Leben gut auszugleichen. Dann hört man immer wieder den Vorwurf der Alt-68er, die Jungen seien zu unpolitisch. Können Sie uns Hoffnung machen?

Florian Schiffbauer: Die Jugend ist heute genauso politisch aktiv wie früher, nur nicht unbedingt in Parteien. Die Strukturen haben sich geändert, vielleicht wird es mehr Kampagnen geben, also bei gewissen Themen zu einer Mobilisierung führen, zum Beispiel auch bei der Kandidatenkür, wenn Personen stärker mit Themen verbunden werden.

Auf der anderen Seite muss ich auch mit meinen hochschulpolitischen Erfahrungen besonders in Bayern als Fachschaftsvertreter zugeben: Ich habe schon Schwierigkeiten, zum Beispiel eine Studentenandacht zu halten, weil sie ja nicht direkt auf das Studium bezogen ist. Die Sehnsucht nach der „work-life-balance“ ist schon sehr ausgeprägt. Die Bereitschaft der Generation meiner Eltern oder davor, ab der Uni die nächsten zehn, zwanzig Jahre etwas zu machen, was vielleicht nicht hochspannend ist, aber mit der Aussicht, danach Karriereschritte oder zumindest einen spannenden Job zu haben, die gibt es nicht mehr. Man muss aber gar nicht so viel bei den Strukturen ändern, allerdings sicher viel mehr kommunizieren, warum zum Beispiel am Anfang gewisse Tätigkeiten notwendigerweise stehen, um die grundsätzliche Sinnhaftigkeit eines Berufs früher sehen zu können, auch die eigenen Gestaltungsmöglichkeiten.

Arno Logiewa: Auch ich meine, dass unsere Generation nicht unpolitischer geworden ist, auch wenn das allgemeine Interesse an großen politischen Strukturen nachgelassen hat. Wir sind vielleicht pragmatischer geworden, der Großteil unserer Generation ist auf jeden Fall irgendwie engagiert, und zwar mit Partikularinteressen. Man setzt sich ein für den Umweltschutz oder für Entwicklungszusammenarbeit in der Dritten Welt, man hat aber wenig Interesse an einer Parteimitgliedschaft oder daran, sich mit anderen Sachthemen auseinanderzusetzen. Wenn ich mich für den Umweltschutz engagiere, merke ich immer wieder: Es gibt sehr viele Leute, die in diesem Punkt wirklich kompetent sind, aber wahnsinnige Lücken haben, was die ökonomischen Fragen betrifft. Und es ist auch überhaupt kein Interesse vorhanden, sich mit den größeren Systemen auseinanderzusetzen, und natürlich auch überhaupt null Interesse, eine Ochsentour durch die Partei zu machen. Die Frage bleibt, wie kann Politik unserer Generation wieder etwas anbieten, sich uns wieder schmackhaft machen.

Julian Zuber: Ich stimme meinen beiden Vorrednern größtenteils zu. Aber gerade der letzte Satz, wie kann Politik sich uns wieder schmackhaft machen, ist sehr symptomatisch für meine Generation. Es gibt schon eine sehr hohe Anspruchshaltung bei uns allen, weil wir sehr stark profitieren vom Wohlstand, aber auch von der europäischen Einigung. Es ist statistisch auch so, dass meine Generation mehr im Ausland gelebt hat, im europäischen zumindest, und das prägt.

Die Entscheidung, ein gewisses Produkt zu kaufen, das ethischen Kriterien entspricht, ist ein politischer Akt, der zugegeben mit Geld verbunden ist. Bei den 68ern war kritischer Konsum Konsumverzicht. Das ist nicht mehr so. Ich habe aber ein Handy, das hier hergestellt ist. Es kostet ein paar Euro mehr, aber hält auch länger. Es ist also nicht teurer. Freunde von mir haben eine Kaffee-Kooperative in Ecuador, ich beziehe mehr oder weniger meinen eigenen Kaffee und weiß, wie er hergestellt wird. Es gibt also sehr vieles, aber ich stimme zu, dass das nicht innerhalb von Parteien stattfindet, wohl aber sehr, sehr politisch ist.

Es gibt allerdings ein Nachwuchsproblem in der Politik. Und zwar dann, wenn unser politisches System, das sicher zu Recht in der bisherigen Form im Kern auf Parteien basiert, sich nicht reformiert. Dr. Beckstein und Prof. Maier haben vorhin gefragt, wie das sei mit christlichem Nachwuchs. Es stimmt, die „bloß weg“-Haltung gibt es nicht. Aber das Problem ist viel gravierender. Es gilt nämlich grundsätzlich für alle, die politisch interessiert und gleichzeitig sehr qualifiziert sind: Sie leben oft immer wieder im Ausland. Sie studieren international, haben Karrieren, bei denen sie viel unterwegs sind, und das verträgt sich einfach null mit dem Lokalitätsprinzip von Parteien. Denn ein Großteil, und dazu zähle ich einfach einmal 99 Prozent meines Bekanntenkreises, leben nicht lange am gleichen Ort. Solange politische Strukturen nicht mobiler werden, bleibt es ein riesiges Problem, wie man parteipolitischen Nachwuchs generiert.

Das geht wahrscheinlich nur zum einen durch eine Änderung der Anspruchshaltung. Dass man nämlich nicht nur sagt, ich will das Beste, ich will hier das Praktikum, und dort im Ausland arbeiten, sondern sich auch fragt, was verstehe ich eigentlich als meine Pflicht: vielleicht meine Fähigkeiten längerfristig vor Ort einzusetzen. Zum ändern bin ich davon überzeugt,

dass sich Parteien reformieren müssen. Es darf nicht sein, dass es als Qualitätsmerkmal innerhalb von Parteien gilt, seit seinem 14. oder 15. Lebensjahr zu wissen, was ein gutes und was ein schlechtes Argument ist. Die Leute in meiner eigenen Partei und in anderen Parteien, die schon immer nichts anderes als Parteipolitik machen und nicht über den Tellerrand schauen, sind vollkommen uninteressant. Von denen lerne ich nichts. Ich treffe mich ständig mit Menschen aus anderen Parteien und empfinde es deshalb als ein riesenproblem, dass sich Parteien nicht stärker überlegen, wie sie Quereinsteiger motivieren, oder grundsätzlich die Dominanz des Senioritätsprinzips in Frage stellen. Schon immer in der Jungen Union oder in der Grünen Jugend gewesen zu sein ist für mich kein Selbstzweck. Wenn man die guten Leute haben will, und wenn wir wollen, dass unsere Generation parteipolitisch aktiv ist, dann müssen wir überlegen, wie wir hochmobile, talentierte Menschen in Parteistrukturen integrieren. Dazu müssen sich beide Seiten bewegen.

Florian Schuller: Dieser Impuls sollte übrigens auch innerhalb der Kirchen kreativ aufgenommen werden. Jeweils eine Schlussfrage mit der Bitte, mit einem Satz zu antworten. Herr Zuber, Sie sind heute von Berlin nach Tutzing gekommen. Der Untertitel unserer Veranstaltung zielt auf eine große Spannweite: „Zwischen Kompromiss und Kompromittierung“. Zwischen Berlin und Tutzing herrscht sicher auch im Blick auf die konkreten Lebenssituationen eine große Spannung. Welchen Kompromiss als bayerischer Mensch würden sie in Berlin nie eingehen, weil er sie kompromittieren würde?

Florian Zuber: Die Berliner haben es inzwischen gelernt: Ich würde nicht auf Augustinerbier verzichten.

Florian Schuller: Herr Schiffbauer, wenn Martin Luther heute zu einem Jahrestreffen der Stipendiaten des Evangelischen Studienwerks Villigst käme, der evangelischen Hochbegabten-Institution, welchen Tipp würde er den politisch wachen Studierenden geben, damit die den richtigen Weg zwischen Kompromiss und Kompromittierung finden?

Florian Schiffbauer: Er würde denen gar nichts raten, sondern nur feststellen, es sind fitte Personen; das Studienwerk sucht schon Leute aus, die gesellschaftlich aktiv sind. Er würde sicher seine Meinung sagen, aber nicht mit dem Anspruch, dass kompetente Leute nicht selber auf gute Ideen kommen.

Florian Schuller: Eine echt evangelische Antwort: Individualität; ich bin „next to God“ und brauche nicht Martin Luther dazu. Herr Logiewa, es gibt da immer wieder mal die dumme Rede vom kühlen Juristen. Es gibt auch manchmal die Erfahrung, dass Recht und Gerechtigkeit nicht identisch sind. Was macht für Sie den idealen Juristen aus?

Arno Logiewa: Einsatz und Leidenschaft.

Florian Schuller: Danke schön. Wir älteren Menschen können hoffnungsvoll in die Zukunft schauen, wenn es solche jungen Menschen gibt. Ich freue mich über die vergangene Stunde. □

Als Christ und Theologe im Deutschen Ethikrat – ein Fallbeispiel für christliches Engagement in der Politik

Andreas Lob-Hüdepohl

I.

Politik ist in einer Demokratie die gemeinsame Gestaltung des öffentlichen Raumes unter Beteiligung möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger. Zum öffentlichen Raum zählen nicht nur Parlamente, sondern das, was wir heute auch zivile Öffentlichkeit nennen. Dort wird über die wichtigsten Fragen öffentlich rasoniert, die unser Leben berühren – seien dies die normativen Grundlagen unseres Zusammenlebens oder seien es strittige Details, deren Klärung einer behutsamen Diskussion und Gewichtung von Pro und Contra bedarf. Und damit zeigt sich, dass Akteure der Politik auch in einer repräsentativen Demokratie nicht nur die Mitglieder von Parlamenten oder von Regierungen mit ihren nachgelagerten Öffentlichen Verwaltungen (sozusagen als der „arbeitende Staat“) sind. Akteure der Politik sind alle, die sich an der öffentlichen Ausarbeitung und Entscheidungsfindung politischer Fragen beteiligen – in welcher Weise auch immer.

Eine herausgehobene Weise, sich an der politischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung zu beteiligen, ist die Mitwirkung in förmlich etablierten Gremien, die die politischen Mandatsträger und Mandatsträgerinnen beraten und darüber hinaus zur öffentlichen Diskussion beitragen. Der Deutsche Ethikrat ist ein solches Gremium, der sich durch seine ausführlichen Stellungnahmen an der politischen Diskussion ebenso beteiligt wie durch seine Veranstaltungen zu den unterschiedlichsten Themen aus dem Bereich der Lebenswissenschaften. Genauer: Der Deutsche Ethikrat wird beteiligt. Denn er hat sich nicht selbst eingesetzt. Sondern er arbeitet auf der Grundlage eines Bundesgesetzes, das der Deutsche Bundestag 2008 beschlossen und ihm einen förmlichen Auftrag erteilt hat. Dazu heißt es in § 2 des Ethikrat-Gesetzes: „Der Deutsche Ethikrat verfolgt die ethischen, gesellschaftlichen, naturwissenschaftlichen, medizinischen und rechtlichen Fragen sowie die voraussichtlichen Folgen für Individuum und Gesellschaft, die sich im Zusammenhang mit der Forschung und den Entwicklungen insbesondere auf dem Gebiet der Lebenswissenschaften und ihrer Anwendung auf den Menschen ergeben. Zu seinen Aufgaben gehören insbesondere:

- Information der Öffentlichkeit und Förderung der Diskussion in der Gesellschaft unter Einbeziehung der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen;
- Erarbeitung von Stellungnahmen sowie von Empfehlungen für politisches und gesetzgeberisches Handeln;
- Zusammenarbeit mit nationalen Ethikräten und vergleichbaren Einrichtungen anderer Staaten und internationaler Organisationen.“

Um diese durchaus anspruchsvolle Beratungsaufgabe erfüllen zu können, muss er eine sowohl in fachlicher wie in ethischer Hinsicht breite Expertise zusammenbinden. Deshalb legt das Ethikrat-Gesetz bezüglich der Zusammensetzung in § 4 weiter fest: „(1) Der Deutsche Ethikrat besteht aus 26 Mitgliedern,



Prof. Dr. Andreas Lob-Hüdepohl, Professor für Theologische Ethik an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin, Mitglied des Deutschen Ethikrates

die naturwissenschaftliche, medizinische, theologische, philosophische, ethische, soziale, ökonomische und rechtliche Belange in besonderer Weise repräsentieren. Zu seinen Mitgliedern gehören Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus den genannten Wissenschaftsgebieten; darüber hinaus gehören ihm anerkannte Personen an, die in besonderer Weise mit ethischen Fragen der Lebenswissenschaften vertraut sind.

(2) Im Deutschen Ethikrat sollen unterschiedliche ethische Ansätze und ein plurales Meinungsspektrum vertreten sein.“

Auf dieser Grundlage bin ich – zusammen mit 12 weiteren neuen Mitgliedern – im Frühjahr 2016 auf Vorschlag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom Deutschen Bundestag in den Deutschen Ethikrat gewählt worden. Die dreizehn anderen Mitglieder werden direkt von der Bundesregierung benannt. Ich bin einer der vier Theologen (zwei evangelische, zwei katholische), die die Theologie analog zur Philosophie oder Medizin als Disziplin in die Beratungen einbringen sollen. Zwar ist die formale Legitimation meiner Mitwirkung unstrittig: Die Theologie ist im Ethikrat-Gesetz ausdrücklich erwähnt (vgl. § 4), und der Bundestag hat mich wie alle weiteren durch seine Wahl mandatiert. Gleichwohl stellen sich viele die Frage, warum überhaupt noch die Theologie – gemeint ist hier vor allem die christliche Theologie – in einem solchen offiziellen Gremium von Bundestag und Bundesregierung vertreten sein soll. Immer wieder wird mir die Frage gestellt: Was hat überhaupt ein Theologe im Deutschen Ethikrat zu suchen? Ist das angesichts des Bedeutungsverlustes der Kirchen, mehr noch, in einer pluralen Gesellschaft und einem säkularen Staat nicht anachronistisch?

Die Antwort auf diese Frage ist eigentlich einfach: Weil es dem Selbstverständnis einer demokratisch verfassten

Öffentlichkeit, als deren Teil der Deutsche Ethikrat sich begreift, und dem Selbstverständnis einer katholischen Theologie entspricht. Beides passt sachlich zusammen. Da allerdings diese knappe Antwort nur wenigen sofort einleuchtet, will ich sie im Folgenden ausführlicher erläutern.

II.

Zunächst sei nochmals an das Selbstverständnis des Deutschen Ethikrates erinnert: Obwohl er vom Bundestag eingerichtet und damit rechtsförmlich wie finanziell an ihn angebunden ist, ist er nicht Teil der parlamentarischen Legislative oder der regierungsgebundenen Exekutive. Beide Seiten sind frei: Die Mitglieder des Ethikrates unterliegen ausdrücklich keiner Weisungsbindung, und auch Bundestag und Bundesregierung sind völlig frei, den Empfehlungen des Ethikrates zu folgen oder nicht. Deshalb ist der Ethikrat faktisch eher Teil der Zivilgesellschaft. Er ist nämlich ein exponierter Ort politisch-rasonierender Öffentlichkeit und trägt durch seine interdisziplinäre Expertise zur Meinungsbildung und Entscheidungsfindung in strittigen Detailfragen humaner Lebensführung bei. Damit beteiligt er sich an der Selbstverständigung über jene normativen Grundlagen, die für friedvolles Zusammenleben in einer plural verfassten Gesellschaft unverzichtbar sind. Zivile Gesellschaften sind auf die Vielstimmigkeit öffentlicher Rasonnements angewiesen. Zugleich müssen sie in einer demokratischen Gesellschaft bestimmte Spielregeln voraussetzen. Zu ihnen zählen etwa der bedingungslose Respekt vor der politischen und moralischen Autonomie der Anderen oder der Verzicht auf jede Form autoritärer Durchsetzung der eigenen Auffassung. Eine zivile Gesellschaft vertraut stattdessen auf jenen, wie es Jürgen Habermas es prägnant formuliert, „zwanglosen Zwang“, der dem besseren, weil plausibleren, stichhaltigeren und überzeugenderen Argument zur öffentlich geteilten Geltung verhilft.

Und da kann ich mich als katholischer Moraltheologe in guter Gesellschaft wissen. Denn die theologische Ethik teilt diese Voraussetzungen – und zwar auf der Basis ihres eigenen Selbstverständnisses. Könnte sie dies grundsätzlich nicht oder würde sie andere Positionen lediglich im Sinne einer „Erlaubens- und Duldungstoleranz“, wie Rainer Forst es jüngst formulierte, zulassen, dann müsste sie in unserer demokratischen Gesellschaft letztlich des Spielfeldes politisch-rasonierender Öffentlichkeit verwiesen werden.

Nun, theologische Ethik verstehe ich als „Auslegung des Glaubens in den Reflexionsfiguren der Ethik“. Ethische Reflexionsfiguren erfassen die ganze Breite unseres moralischen Handelns. Die Beantwortung der Frage „Was soll ich/sollen wir tun?“ (Kant) führt zu fundamentalen Fragen etwa des freien Willens, der Handlungstheorie, der Genese und Geltung moralischen Orientierungswissens. Und sie führt zu den Fragen angewandter bereichsspezifischer Ethik (Medizin-, Rechts-, Sozial-, Umwelt-ethik) bis zu den Fragen geltungslogischer wie existentieller Letztbegründung: Warum überhaupt moralisch sein in einer Welt, in der Moralität zu leben mitunter eher gefährlich werden denn förderlich sein kann?

Auf diese letzte Frage wird die theologische Ethik den christlichen Glauben beispielweise dahingehend auslegen können, dass das hoffende Vertrauen in die rettend-befreiende Wirklichkeit, die Christinnen und Christen als den Gott Sarahs und Abrahams und den Gott Jesu Christi bekennen, zu einer spezifisch innovatorischen Lebensform er-

III.

Damit wird deutlich, dass sich die theologische Ethik von einer rein philosophisch argumentierenden Ethik zunächst nur wenig unterscheidet. Denn im Zentrum ethischer Reflexionsfiguren stehen praktische Diskurse mit allen ihren Abwägungs- und Begründungserfordernissen moralischer Handlungsorientierungen wie zum Beispiel Normen. Und hier führt die Auslegung des christlichen Glaubens zur theologisch zwingenden Einsicht: Theologisch-ethische Argumente sind Vernunftargumente oder sie sind eben keine Argumente. Ansonsten sind sie Einlassungen, die zwar das Sinn- und Orientierungspotential kirchlicher Erinnerungs- und Erzählgemeinschaften in den öffentlichen Diskurs einzuspeisen sich mühen, deren Narrationen aber erst noch in vernunftgemäße Argumentationen übersetzt werden müssen.

Theologische Ethik ist hier ganz in der Spur philosophischer Ethik beziehungsweise praktischer Philosophie. Sie teilt mit ihr alle Bemühungen und Kontroversen, die sich sachlich oder methodologisch ergeben: etwa wissenschaftlich redliche Antworten auf die Fragen „Was will für mich gelten?“, also die Frage nach dem persönlich guten Leben. Oder auch: „Was darf für mich gelten?“ also die Frage nach der Vereinbarkeit meines guten Lebens mit dem guten Leben aller anderen. Das sind Fragen nach der Gerechtigkeit. Oder auch, „Was muss für mich gelten?“ also die Frage nach den negativen wie positiven Pflichten, die ich für das Wohlergehen anderer habe. Das berührt bekanntlich die Frage nach der Solidarität.

Und hier führt die Auslegung des christlichen Glaubens zur theologisch zwingenden Einsicht: Theologisch-ethische Argumente sind Vernunftargumente oder sie sind eben keine Argumente.

Natürlich stellen sich an diesem Punkt viele die Frage, warum eine theologische Ethik aus theologischen Gründen eine Vernunftethik sein soll? Oder anders formuliert: Warum kann sie nicht einfach den Vorgaben der Bibel oder des kirchlichen Lehramts folgen, das um klare Ansagen doch in der Regel auch nicht verlegen ist?

Das wäre vielleicht manchmal sehr bequem, aber da hat uns – wenn Sie mir die saloppe Formulierung erlauben – unser Herrgott bei der Erschaffung der Welt einen gehörigen Strich durch die Rechnung gemacht. Nochmals erster: Der Konzilstheologe Karl Rahner hat das Selbstverständnis einer katholischen Moraltheologie sehr schön auf den Punkt gebracht, wenn er in seinem Grundkurs des Glaubens festhält: „Von einer Katechismus-Theologie durchschnittlicher Art her könnte man meinen, das Christentum fange erst dort an, wo ganz bestimmte Normen sittlicher oder kultischer oder kirchengesellschaftlicher Art respektiert werden. So ist es aber nicht. Die eigentliche totale,

umfassende Aufgabe des Christen als Christen ist die, ein Mensch zu sein, freilich mit jener göttlichen Tiefe, die ihm unausweichlich in seinem Dasein vorgegeben und eröffnet ist. Und insofern ist eben das christliche Leben Annahme des menschlichen Daseins überhaupt, im Gegensatz zu einem letzten Protest.“

Der Christ als Christ ist ganz Mensch und folgt infolgedessen dem, was ihn als Mensch im Bereich von Moral und Ethik auszeichnet. Und das ist sein Vermögen zum Gebrauch seiner Vernunft. Insofern ist die theologische Ethik Vernunftethik. Als Vernunftethik gründet sie in einer Schlüsselkategorie, die wir mit Walter Kasper „theonome Autonomie“ nennen. Autonomie steht in der moralphilosophischen Tradition Immanuel Kants im Vermögen des Menschen, sich aus Einsicht der Vernunft an ein moralisches Gesetz („nomos“, etwa das des Kategorischen Imperativs) zu binden, das seinen Erkenntnisursprung bei ihm selbst („autos“) hat. Theonom ist moralische Autonomie, weil es nach theologischer Auslegung der biblischen Anthropologie Gottes im Schöpfungsakt dokumentierter unbedingter, also „gesetzgeberischer“ Wille selber ist, dass wir uns als Menschen aus innerer Einsicht und vernünftiger Überzeugung der moralischen Verbindlichkeiten unserer Lebensführung vergewissern. Daraus folgt: Das spezifisch Christliche moralischer Praxis besteht deshalb nicht in einer exklusiven Sondermoral, sondern in der Kommunikabilität vernunftgemäßer moralischer Überzeugungen, die deshalb prinzipiell alle verstehen können.

IV.

Das alles gilt, und dennoch ist die Theologie keinesfalls überflüssig, wenn genügend Philosophie getrieben wird. Denn als „Auslegung des Glaubens“ artikuliert theologische Ethik auch Selbstdeutungen menschlicher Existenz, die zum Kern biblischer Gottesrede gehören und deshalb etwa von der Philosophie nicht expliziert werden – jedenfalls nicht in der Weise, wie es die Theologie gleichsam aus der Binnenperspektive einer gläubigen Existenz zu tun vermag, weil sie selbst der rettenden Wirklichkeit dieses Gottes vertraut. Bezogen auf das Themenspektrum des Deutschen Ethikrates wäre beispielsweise zu nennen:



Möglichkeiten und Grenzen von Christen in der heutigen Politik zeigte auch Professor Klaus Tanner auf.

Die radikale Differenz zwischen Schöpfergott und Geschöpf führt zur fundamentalen Gleichheit aller menschlichen Geschöpfe – und zwar über die ganze Spanne menschlichen Lebens, das sich als steter Prozess von Werden und Vergehen erweist und deshalb keinen Spielraum zulässt für gradualistische Deutungen des Menschlichen in mehr- oder minderwertig. Dies hat unmittelbare Folgen für den Umgang mit Fragen des vorgeburtlichen Lebens, des Lebens mit Behinderungen, in Krankheit oder im Altern.

Oder ein weiteres Beispiel: Das hoffende Vertrauen in das unbedingte Bejahtsein durch Gott vor aller Leistung, trotz aller Schuld und unabhängig aller Fragilitäten oder Unzulänglichkeiten befreit vom Druck permanenter Selbstoptimierung und ängstlich-verbissener Selbstbehauptung. Dass Mitmenschen anderen gegenüber dieses Bejahtsein durch eine Solidarität auch ohne Rechtsansprüche mitteilen, gehört zur Basis einer Gesellschaft, die noch diesseits aller notwendigen Systeme sozialer Sicherungen eine gelingende Lebensführung aller durch ein leibhaft erfahrenes und gestaltetes Leben in Gemeinschaft und sozialen Nähen unterstützen will.

Das hoffende Vertrauen in die heilsame Gegenwart Gottes birgt ein Widerstandspotential, das sich nicht abfindet mit dem Leiden unschuldiger Opfer.

Oder als drittes Beispiel: Das hoffende Vertrauen in die heilsame Gegenwart Gottes birgt ein Widerstandspotential, das sich nicht abfindet mit den Leiden unschuldiger Opfer. Es fördert die Sensibilität für die Perspektive der Schwachen und Verlierer gesellschaftlicher Aushandlungs- oder exklusiver Inklusionsprozesse. Diese Perspektive ist erheblich, wenn über Gesundheit, Allokation, Migration und Demenz reflektiert wird. Solche und viele weitere religiöse Selbstdeutungen menschlicher Existenz entbergen ein erhebliches Orientierungspotential für menschliche Praxis. Natürlich können und dürfen sie in den ethischen Selbstverständigungsprozessen pluraler Gesellschaften keine fraglose Akzeptanz beanspruchen. Aber es wäre umgekehrt höchst fatal, wolle man deren humanisierenden Gehalte unbefragt beiseiteschieben. Religiöse Überzeugungen mögen zwar nicht zwingend sein, triftig sein könnten sie aber allemal. Denn sie beziehen sich auf die Wirkmächtigkeit eines Gottes, der zwar „ungewiss hinsichtlich seiner Wirklichkeit, gewiss aber hinsichtlich seiner Möglichkeit ist“ (Hans-Joachim Höhn).

Deshalb sollte eine politisch-räsonierende Öffentlichkeit wenigstens damit rechnen, dass religiöse Traditionen auch für religiös Unmusikalische (Max Weber) sinnvolle Intuitionen auf den Begriff bringen. „Man muss“, wie der nach eigenem Bekunden selbst religiös unmusikalische Jürgen Habermas es einmal formuliert hat, „nicht zu allem ‚Ja‘ und ‚Amen‘ sagen, um zu verstehen, was mit einer religiösen Rede gemeint ist.“ Und umgekehrt werden religiös Unmusikalische die kritischen Gegenreden und Infragestellungen „von außen“ für die notwendigen „Läuterungsprozesse“ ihrer eigenen Auslegungen biblischer Narrationen und religiöser Traditionen zu nutzen wissen. Auch dafür ist der Deutsche Ethikrat ein wichtiger Lernort.



Prof. Ursula Männle, die Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung, freute sich über die gute Zusammenarbeit mit den beiden kirchlichen Akademien.

V.

Es dürfte niemanden verwundern, dass im Deutschen Ethikrat im besten Sinne des Wortes immer wieder heftig gerungen und ja auch gestritten wird. Diskurs ist eben Diskurs und eben nicht ein allseits verständiges „anything goes“, das letztlich nur Ausdruck einer repressiven Toleranz wäre, mit dem sich die faktisch mächtigere Position in zynischer Weise durchsetzt. Angesichts der diffizilen Probleme unseres Alltags, namentlich im Bereich moderner Medizin und Lebenswissenschaften, ist es manchmal nicht ohne skrupulöse Diskursivität, ohne penible und gewissenhafte Prüfung der unterschiedlich in Rede stehenden Auffassungen nicht zu machen. Aber: Solche Strittigkeiten in moralischen Fragen gehören zum Erbe auch theologischer Ethik. Ohnehin sind moralische Urteile notwendige Gewissensurteile, in denen sich das Ringen jeder/s Einzelnen um Strittiges manifestiert: „In der Treue zum Gewissen sind die Christen mit den übrigen Menschen verbunden im Suchen nach der Wahrheit und zur wahrheitsgemäßen Lösung all der vielen Probleme, die im Leben der einzelnen wie im gesellschaftlichen Leben entstehen“, formulierte es das Zweite Vatikanische Konzil in der Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“.

Natürlich führt dialogisch-diskursives Sich-Beraten oftmals zu schwierigen Abwägungen konkurrierender moralischer Güter. Gelegentlich nötigt es zu Kompromissen und sogar zu tragischen Entscheidungen. Überdies kann selbst die skrupulöseste Gewissenhaftigkeit aller schon aus Gründen stets begrenzt verfügbarer Erkenntnisse und Einsichten im Ergebnis irren. Und dennoch führt kein Weg an der Notwendigkeit und Verbindlichkeit eines Gewissensurteils vorbei. Der Verweis auf die Mehrheitsmeinung eines common sense oder die Ersatzvornahme durch ein kirchliches Lehramt ist prinzipiell ausgeschlossen. Theologisch gesehen ist dieses Eingeständnis kein Makel. Im Gegenteil, es dokumentiert vielmehr die christliche Lebensfigur ernsthafter Gelassenheit: Moralische Probleme sind – so drängend sie sein mögen – in erster Linie nicht verbissen zu lösen, sondern entspannt zu klären. Christlich ist diese Grundhaltung deshalb, weil sie auf das Wirken des Geistes Gottes vertraut – nach Überzeugung unseres Glaubens

eben einer der drei Personen, in denen der Eine Gott sich der Welt teilt. Und der Geist weht eben dort, wo Er will (und nicht immer, wo wir ihn spontan vermuten und fixieren). Deshalb gilt die apodiktische Forderung des Paulus: „Lösch den Geist nicht aus! Verachtet prophetisches Reden nicht! Prüft alles und behaltet das Gute!“ (1 Thess 5,20f) Auch das gehört mit Karl Rahner zu jener „göttlichen Tiefe“, die jedem Menschen „unausweichlich in seinem Dasein vorgegeben und eröffnet ist“. □

Presse

Katholische Nachrichten-Agentur

12. September 2016 – Angesichts des aktuellen Streits hätte sich die Evangelische Akademie in Tutzing kaum einen besseren Zeitpunkt für eine Tagung über „Christen in der Politik“ aussuchen können. Welche Rolle spielt die Religion im politischen Alltag, was bedeutet das „C“ in Namen der Unionsparteien noch?

Das waren nur zwei von vielen Fragen bei der Konferenz am Wochenende. Sie bedeutete eine Premiere, denn die Katholische Akademie Bayern sowie die CSU-nahe Hanns-Seidel-Stiftung wirkten als Kooperationspartner mit.

Bernd Buchner

12. September 2016 – Der ehemalige bayerische Kultusminister Hans Maier (CSU) hat sich hinter die Flüchtlingspolitik der Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) gestellt. „Die Offenheit für Schutzsuchende scheint mir eine konsequente Fortsetzung der christlichen Hinwendung zu Europa in den 1950er Jahren“, sagte er am Freitag in Tutzing. Der unionsinterne Streit in der Asylpolitik drohe die „dringend benötigte Gemeinsamkeit zu erschüttern“. Maier drückte die Hoffnung aus, „dass die Vernunft noch vor der nächsten Bundestagswahl zurückkehrt“

Worin besteht der christliche Beitrag zur Politik heute? (I)

Petra L. Guttenberger

I.

„Worin besteht der christliche Beitrag zur Politik heute?“ oder eigentlich „Worin besteht der christliche Beitrag zum modernen Verfassungsstaat?“ oder „Hat das christliche Element überhaupt Bedeutung im modernen und säkularen Verfassungsstaat und der aktuellen Politik?“. Ich bin der festen Überzeugung: Ja. Sie kennen meinen politischen Hintergrund und wissen deshalb, dass ich der festen Überzeugung bin, Politik aus christlicher Verantwortung heraus zu gestalten.

Wo zeigen sich also dann diese Elemente? Ich weiß, Sie haben schon viele Facetten dieses Themas am gestrigen Tag behandelt. Heißt „christliche Toleranz“, dass der christlich motivierte Politiker, die christlich motivierte Politikerin alles hinnehmen und in ihrer Toleranz die eigenen Standpunkte hinten anstellen, dass sie alles ertragen, alles akzeptieren und dabei unter Umständen den anderen die Gestaltung überlassen?“ Ich meine ganz klar: „Nein“. Letztendlich beruht und beruhte unser Staat auf Werten, auf Spielregeln, die er selbst nicht geschaffen hatte und die die Wurzeln für die Regelung genau dieses Staates sind.

Wodurch unterscheidet sich also ein moderner freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat, also unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, von anderen Staatswesen, die sich ebenfalls als demokratisch und freiheitlich verstehen? Sicher nicht dadurch, dass eine klerikale Ausrichtung erfolgt, und man zunächst bei den jeweiligen Kirchenoberen – allein das wäre schon im Christentum nicht ohne Problematik und Untiefen – um Anweisung ersucht, sondern dadurch, dass wir Werte unserem Handeln zugrunde legen, die ihre Basis in der christlich-jüdischen Geschichte, verbunden mit dem Humanismus und der Aufklärung, finden. Entscheidend ist somit der Wertekanon und Gerechtigkeit, Nächstenliebe, Eigenverantwortung haben ihre Attraktivität bis heute nicht verloren.

Der Christ, die Christin in der Politik entscheidet allein nach seinem / ihrem Gewissen und ist Gott und den Menschen als Ebenbild Gottes verantwortlich. Bei allem ist das christliche Menschenbild, also das Verständnis, dass jeder Mensch einmalig und wertvoll ist, Entscheidungen zugrunde zu legen. Damit ist das Christentum eine der entscheidenden Organisationsformen beziehungsweise die prägende Entscheidungsgrundlage für den modernen Verfassungsstaat.

So waren unter anderem die Lehren von Max Weber mit bestimmend dafür, dass das Christentum nach dem Zweiten Weltkrieg eine wichtige Grundlage für eine neue politische Ordnung war und auch der Gegenentwurf gegen alle „totalitären Versuchungen“, wie der Autor Gerd Held einmal in der Tageszeitung „Die Welt“ formulierte.

Das christliche Element ist der entscheidende ordnungspolitische Grundsatz, der – und das ist mir als verfassungspolitische Sprecherin der CSU-Landtagsfraktion besonders wichtig – dafür Sorge trägt, dass jedes einzelne Individuum auch die Möglichkeit, sich zu verwirklichen, findet. Es ist das



Petra L. Guttenberger MdL, Stellv. Vorsitzende des Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen des Bayerischen Landtags (CSU)

Ordnungsprinzip, das für Gerechtigkeit und Gleichbehandlung eintritt und damit die klare Basis für den Abbau und Ausgleich gesellschaftlicher Spannungen darstellt.

Im politischen Alltag heißt dies, dass ich nicht alles gleich behandeln darf, sondern, dass aus Gründen der Gerechtigkeit derjenige, der mehr leistet, auch mehr erwirtschaften und für sich verwenden kann. Als christliche Politikerin stehe ich für eine Marktwirtschaft ein, die aber einen sozialen Ausgleichsmechanismus kennt. Wichtig in der Politik heute ist, sich immer wieder vor Augen

Als christliche Politikerin stehe ich für eine Marktwirtschaft ein, die aber einen sozialen Ausgleichsmechanismus kennt.

zu führen, dass das christliche Menschenbild nicht reduziert werden darf auf die „Selbstwirksamkeit des Menschen“, wie es Held in einem Artikel formuliert, sondern das christliche Menschenbild Solidarität und Eigenverantwortung gleichermaßen normiert.

Dieses christliche Menschenbild und die christlichen Werte, zu denen für uns die Verantwortung vor Gott und die Liebe zu den Menschen gehört, der Schutz des Lebens, die Verantwortung für die Zukunft und damit Nachhaltigkeit, die Generationengerechtigkeit sowie der kulturelle Zusammenhalt und Patriotismus, ist nach wie vor das Leitbild für eine lebendige, freiheitliche und gerechte Gesellschaft. Damit ist das christliche Menschenbild die Grundlage für die solidarische Leistungsgesellschaft. Ich bin mir dabei wohl bewusst, dass dieser Begriff derzeit als extrem „unmodern“ gilt.

Hierzu gehören die eigenverantwortliche Lebensführung und Problemlösung ebenso wie die Ermöglichung gerechter

Teilhabe aller am Fortschritt. Durch Maßnahmen wie Breitbandausbau, kostenfreie Schulbildung, Ausreichung von Fördermitteln trägt die Bayerische Politik wesentlich dazu bei, dass Entwicklung in ganz Bayern stattfinden kann.

Damit ist aber auch einer Verkürzung der „christlichen Politik“ auf das Kriterium der „Selbstwirksamkeit der Menschen“, die dies an die Stelle von Leistung setzt, eine klare Absage zu erteilen. Eine Gesellschaft, bestimmt von christlicher Politik, widmet sich nicht nur den Rändern, sondern auch der Mitte der Gesellschaft. Wenn wir diese solidarische Leistungsgesellschaft aus dem Blick verlieren, schaffen wir auch für Menschen an den Rändern keine positiven Ausgangsbedingungen, da wir ihnen letztlich die Möglichkeit nehmen, sich in der Gesellschaft selbst zu bewähren.

Als Abgeordnete frage ich mich daher des Öfteren, ob wir Menschen mit Behinderung nicht besser in den ersten Arbeitsmarkt integrieren könnten, wenn es die besonderen Kündigungsschutzrechte, die erhöhten Urlaubstage, nicht gäbe. Gerade kleine Teams fürchten oft, solche Belastungen nicht stemmen zu können. Gerade Beratung geht hier oft in die falsche Richtung.

Das Christliche verweist den Menschen auf die Welt und gibt ihm auf, sich dort zu bewähren. Dies reicht von der Schöpfungsgeschichte, über die Vertreibung aus dem Paradies, die Geschichte von Gottes Sohn, bis zur Bergpredigt und vieles mehr.

Christliche Politik heute heißt also, sich einerseits vor der Verkürzung des christlichen Menschenbildes zu hüten und sich dessen immer wieder bewusst zu werden; denn gerade das Christentum ist die Religion, die Freiheit eröffnet und bewahrt. Gerade deshalb ist es wichtig, sich dies bei den Entscheidungen immer wieder vor Augen zu führen.

II.

Wie Sie sehen, klingt alles ganz einfach – ist es aber nicht. Gerade die Komplexität unseres Zusammenlebens zeigt, dass in der modernen Gesellschaft Abgrenzungsstrategien des letzten Jahrhunderts, wie Kapitalismus, Sozialismus und ähnliches, keine klaren Antworten mehr zu geben vermögen. Auch Worte wie „Pazifismus“ als grundlegendes christliches Motiv zu erkennen wäre falsch, da es letztlich die Waffen des Staates sind, die den Menschen den Frieden erhalten.

Wer sich also als Politiker oder Politikerin in Verantwortung vor Gott und den Menschen nicht darauf einlässt, nicht alles richtig machen zu können, sondern sich aus falsch verstandenen christlichen Werten darauf beschränkt, es den Menschen überall gleichermaßen recht machen zu wollen, der wird letztendlich scheitern. Ob man wie Gerd Held in „Der Welt“ dann vom christlichen Populismus redet, mag dahingestellt bleiben.

Für mich steht das „C“ im Namen der Partei, der ich angehöre, für christliche Werteorientierung und den dauerhaften Einsatz für Freiheit, Frieden, Gerechtigkeit und die Betonung dessen, dass Christen in eigener Verantwortung und aus eigener Gewissensüberzeugung handeln. Diese Haltung grenzt niemanden aus, der die christlichen Werte, also die Werte der Solidarität, aber auch der Eigenverantwortung entsprechend lebt und voranbringen will. Gerade hier ist es entscheidend, dass wir dies im Bereich Integration immer wieder deutlich machen.

Die christlichen Werte und eine solidarische Gesellschaft fügen sich ein in die Bedingtheit eines Staates. Jeder, der als Christ in einem Staat leben will,

muss diese Werteentscheidungen einer Gesellschaft, dieses Grundgesetz, das auf dem christlichen Menschenbild basiert, akzeptieren und es auch leben wollen. Wichtig ist es dabei, dass wir dieses allen, die zu uns kommen auch konsequent klar machen. Die Grundlagen eines Staates, wie Freiheit, Verantwortung, Solidarität, Chancengerechtigkeit, Subsidiarität sind zutiefst christlich und sind Verantwortungs- und Strukturprinzip des modernen Verfassungsstaates. „Zwingt mich also das christliche Menschenbild, eine unbegrenzte

Toleranz ist ein unverzichtbarer Pfeiler einer humanen Gesellschaft. Dies erfordert gleichermaßen die Trennung von Kirche und Staat, wie eine geregelte Kooperation mit dieser.

Zuwanderung zu akzeptieren, Eheschließungen mit Minderjährigen zu dulden, als Frau Rücksicht darauf zu nehmen, dass ich unverschleiert einen Mann irritieren könnte? Ich sage: Nein!

Eine auf christliche Werte gestützte, solidarische Leistungsgesellschaft trägt zwar auch weltweit Verantwortung, was sich in Hilfeleistungen beim Schaffen von Frieden, Entwicklungshilfe oder Hilfe in Katastrophenfällen widerspiegelt. Aber Verantwortung vor Gott und den Menschen heißt für mich, vordringlich dafür Sorge zu tragen, den Menschen vor Ort die Sicherung ihrer sozialen Systeme zu erhalten, ihr Vertrauen in den Rechtsstaat nicht zu enttäuschen und die Werte, die das Fundament unseres Staates bilden, zu achten und zu wahren. Folglich sind es die christlichen Werte, die als Struktur ein Bewusstsein für Zeit und Endlichkeit schaffen und die eine freiheitliche und selbstverantwortliche Einstellung zum Leben ermöglichen.

„Selbstwirksamkeit des Menschen“ – um noch einmal Gerd Held in der „Welt“ zu zitieren – darf nicht zu Lasten anderer gehen, sondern sollte allen zu Gute kommen. Jeder trägt Verantwortung für sich und die Mitmenschen. Deshalb fördern wir Familien, deshalb fördern wir eine Erziehung zu selbst bestimmten und sozialverpflichtenden Persönlichkeiten. Das Wissen um den Wert des Einzelnen und die Einmaligkeit des Menschen ermöglichen uns auf dieser Ebene auch den Respekt und den Dialog mit andern Kulturen und Wertvorstellungen.

III.

Toleranz ist ein unverzichtbarer Pfeiler einer humanen Gesellschaft. Dies erfordert gleichermaßen die Trennung von Kirche und Staat, wie eine geregelte Kooperation mit dieser. Dies regelt gleichermaßen die Wirkungsmöglichkeiten von Kirche und anderen Religionsgemeinschaften, legt aber auch fest, dass religiöse Freiheit immer dort endet, wo sie im Widerspruch zur Charta der Menschenrechte, dem Grundgesetz, der Bayerischen Verfassung und unserer Rechtsordnung steht.

Worin besteht also hauptsächlich der Beitrag des Christentums für die Politik heute? Aus meiner Sicht besteht er hauptsächlich darin, ein Wertegerüst zu bieten – außerhalb der Tagespolitik – aufgrund dessen alles unternommen werden muss, die Freiheit und die Solidarität in unserer Leistungsgesellschaft zu erhalten, das uns immer wieder ermahnt, die Balance zu finden. Eine Balance ist die, die sich nicht nur an den

Rändern der Gesellschaft orientiert, sondern auch an deren Mitte, die letztendlich diesen Staat trägt. Das Bewusstsein, dass Verantwortung für den Mitmenschen nicht an der Staatsgrenze endet, sondern auch ein solidarisches

Eine Balance ist die, die sich nicht nur an den Rändern der Gesellschaft orientiert, sondern auch an deren Mitte, die letztendlich diesen Staat trägt.

Miteinander mit anderen Staaten zum Aufbau einer wertorientierten Weltordnung erforderlich ist, gehört ebenso dazu, wie der Umstand, dass verkürzte Sichtweisen auf einzelne dieser Bereiche die positive Entwicklung einer Gesellschaft nicht weiterbringen.

Wenn wir also davon ausgehen, dass gerade der Verweis auf die Endlichkeit und damit auch die Verantwortung vor Gott und den Menschen eines der wesentlichen Elemente unserer Politik darstellt, müssen wir unseren Standpunkt immer wieder hinterfragen. Aus meiner Sicht gibt es wenig Stellen in der Bibel – in diesem Fall im Alten Testament – die dies deutlicher vor Augen führen. So sagte in diesem Zusammenhang Kohelet: „Alles hat seine Stunde ...“.

Damit eine kurze Antwort auf die Eingangsfrage: Der Beitrag des Christentums zur heutigen Politik besteht im Bewusstsein und der Fortentwicklung des christlichen Menschenbildes und der christlichen Werte – klingt eigentlich ganz einfach und wir alle wissen, so einfach ist es leider nicht. □

Worin besteht der christliche Beitrag zur Politik heute? (II)

Kathi Petersen

I.

Weil Christen sich von Gott angenommen und gerechtfertigt wissen, brauchen sie nicht nach Selbsterlösung zu streben. In der Gewissheit, dass nichts sie von der Liebe Gottes trennen kann (Röm 8), sind sie frei, sich den Menschen und der Welt zuzuwenden. Wenn sie im Bewusstsein ihrer Fehlbarkeit politische Funktionen wahrnehmen, wird Macht für sie nicht zum Selbstzweck und ein Parteiprogramm nicht zur Ideologie. Im Vertrauen darauf, dass Gott seine Verheißungen erfüllt und die ganze Schöpfung, also auch uns, vollenden wird, unterliegen wir weder dem Zwang zur Selbstoptimierung noch dem Druck, ein ganzheitliches Leben vorweisen zu müssen.

Christen orientieren sich nicht nur im privaten Bereich, sondern auch im gesellschaftlichen und politischen Handeln an der Botschaft der Bibel. Die Bibel bietet keine konkreten Handlungsanweisungen oder gar Patentrezepte für die Politik, aber das ist beispielsweise auch in Erziehungsfragen nicht der Fall. Mit ihrer Deutung von Gott, Mensch und Welt gibt sie jedoch die Richtung vor: „Trachtet zuerst nach dem Reich Gottes und nach seiner Gerechtigkeit, so wird euch das alles zufallen“ (Mt 6,33). So gesehen kann man also durchaus mit der Bergpredigt Politik machen.

Es gibt keine „christliche“ Politik, sondern immer nur den Versuch, verantwortliche Politik zu machen. Politik gehört – wie alle menschlichen Wirkungsfelder – in den Bereich des „Vorletzten“



Kathi Petersen MdL, Mitglied des Bayerischen Landtags

(Dietrich Bonhoeffer), in dem wir uns nicht auf höhere, göttliche Legitimation, sondern nur auf unsere, immer auch begrenzten Einsichten berufen können. Es gilt, in jeder Situation das als richtig Erkannte möglichst gut zum Wohle der Menschen und der Welt umzusetzen. Ebenso spannend wie anspruchsvoll ist es, dabei die individuellen Freiheitsrechte mit der Sorge für gerechtere Verhältnisse in Einklang zu bringen.

Gerade Christen sollten sich – übrigens nicht nur in der Politik – durch intellektuelle Redlichkeit und respektvollen Umgang mit allen Menschen auszeichnen. Wir sollten darauf verzichten, uns und anderen die Verhältnisse schöner zu reden als sie sind. Es gilt vielmehr, Probleme klar zu analysieren und angemessene, nicht vereinfachte Lösungen anzubieten. Der Respekt vor den Menschen gebietet es, sie nicht für irgendwelche Zwecke zu instrumentalisieren, sondern immer ihr Wohl im Auge zu haben.

II.

Sonntagsschutz. „Der Sonntag ein Geschenk des Himmels“ lautet das Motto der „Allianz für den freien Sonntag“, einem europaweiten Bündnis von Kirchen und Gewerkschaften, das für den Schutz des Sonntags vor wirtschaftlichen Interessen kämpft. Und sie haben recht damit, denn ohne Sonntag würde der Alltag grau. Es gäbe keine Auszeit von der Fremdbestimmung, der die meisten Menschen in ihrer Erwerbstätigkeit unterliegen.

Zwar ist die Sonntagsruhe seit 1919 gesetzlich geschützt und sowohl im Grundgesetz wie auch in der Bayerischen Verfassung verankert (Artikel 147), doch für mehr als elf Millionen Menschen in Deutschland bleibt sie ein frommer Wunsch. Denn sie müssen auch am Sonntag arbeiten. Und das sind bei weitem nicht nur Ärzte, Polizisten und Busfahrer, deren Tätigkeit natürlich auch am Wochenende unverzichtbar ist.

Das Arbeitszeitgesetz lässt auch die Beschäftigung von Arbeitnehmern in

vielen anderen Gewerben zu und ermöglicht den Ländern durch eigene Verordnungen noch großzügigere Ausnahmeregelungen. So ist in Bayern auch sonntags unter anderem der Betrieb von Autowaschanlagen, Blumengeschäften, Lottoannahmestellen und Callcentern erlaubt. Dabei wird argumentiert, dass es sich um „zur Lebens- und Freizeitgestaltung notwendige Arbeiten“ handle oder die Beschäftigung der Sicherung von Arbeitsplätzen im internationalen Wettbewerb diene.

Der Schutz des Sonntags sollte uns aber mehr sein als ein Lippenbekenntnis! Wir Christen heiligen den Sonntag aus religiösen Gründen. Schon in den biblischen Schöpfungsberichten ist der jüdische Sabbat verankert, der später zum Sonntagsgebot wurde.

Auch prägt der arbeitsfreie Sonntag unser soziales und gesellschaftliches Leben. Familien wollen einen Tag in der Woche gemeinsam nutzen für Kontakte, Spiel und Freizeit. Das alles geht nicht, wenn jeder an einem anderen Tag frei hat. Auch Vereine, Hilfswerke oder Gemeinden sind darauf angewiesen, dass ihre Ehrenamtlichen am Wochenende Zeit haben für Feste, Spiele und Turniere. Unsere Gesellschaft lebt schließlich vom freiwilligen Engagement der Menschen.

Gott sei Dank gebieten inzwischen Gerichte der zunehmenden Aushöhlung der Sonntagsruhe immer wieder Einhalt: So hat zum Beispiel das Bundesverfassungsgericht 2009 auf Antrag der Kirchen die Berliner Ladenöffnungszeiten an allen vier Adventssonntagen für unzulässig erklärt. 2014 untersagte das Bundesverwaltungsgericht die Sonntagsarbeit in Videotheken, öffentlichen

Ich finde es bedauerlich, dass erst Gerichte angerufen werden müssen, damit der in der Verfassung verankerte Sonntagsschutz zu seinem Recht kommt.

Bibliotheken, Callcentern und Lotto- und Totogesellschaften, wie sie die Hessische Bedürfnisgewerbeverordnung vorgesehen hatte. Ich finde es bedauerlich, dass erst Gerichte angerufen werden müssen, damit der in der Verfassung verankerte Sonntagsschutz zu seinem Recht kommt! Hier haben wir auch in Bayern Handlungsbedarf, gerade für Christen!

III.

Flüchtlingspolitik. Nach Angaben der UN sind mehr als 60 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht vor Krieg, Verfolgung, Armut und Perspektivlosigkeit. Die meisten von ihnen sind Binnenflüchtlinge, die in sicheren Regionen des eigenen Landes oder in den zumeist armen Nachbarländern Zuflucht suchen. Nur wenige machen sich auf den weiten und für sie lebensgefährlichen Weg nach Europa. Fast täglich berichten die Medien von gekenterten Booten auf dem Mittelmeer. Und auch in Deutschland droht ihnen Gefahr, wie zahlreiche Brandanschläge auf Flüchtlingsheime zeigen.

Dass es nicht gelingt, Flüchtlingen einen sicheren Zugang nach Europa zu gewährleisten, dass die EU-Länder sich über Quoten streiten statt solidarisch zu helfen, dass die Furcht vor angeblicher Überfremdung durch „Flüchtlingsströme“ genährt wird statt Rassismus und Nationalismus zu bekämpfen, ist ein Armutszeugnis für die Politik, auch in Bayern.



Auch der frühere Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein gab in seinem Beitrag einen Überblick über christliche Politik in der Geschichte der Bundesrepublik.



Professor Hans Maier diskutierte auch auf dem Podium mit den Teilnehmern.

Dabei sind wir ein reiches Land und keineswegs überfordert mit der Aufnahme von einer Million oder auch mehr Flüchtlingen. Es ist in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, als das Land infolge des von ihm verschuldeten Krieges weitgehend zerstört und verarmt war, gelungen, mehr als 14 Millionen Flüchtlinge zu integrieren. Angesichts unseres heutigen Wohlstands kann es doch nicht ernsthaft ein Problem sein, Menschen, die bei uns Zuflucht suchen, ein menschenwürdiges Leben und eine Perspektive zu bieten. Dafür engagieren sich zahlreiche Menschen ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe. Wohlfahrtsverbände, Kirchen und NGOs sind aktiv geworden, Handwerk und Industrie fordern ein Bleiberecht für Jugendliche, die sie gerne ausbilden wollen. Kirchengemeinden gewähren Flüchtlingen Asyl, um ihnen ein faires Verfahren unter Berücksichtigung ihrer Fluchtgründe zu gewährleisten.

Als Christen ist es unsere Aufgabe in der Politik, dieses Engagement zu unterstützen und Rahmenbedingungen zu

schaffen, dass Flüchtlinge und Asylbewerber sich bei uns sicher und willkommen fühlen können. Ängste zu schüren ist dagegen weder christlich noch human! „Es ist ein Widerspruch in sich, mit dem Verweis auf ein christliches Abendland Flüchtlinge von Europa fernzuhalten“, so der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm. Denn damit wird genau das aufgegeben, was man doch angeblich retten will – das Christliche im Abendland. Trifft das nicht auch die erklärte Absicht der CSU, das Asylrecht weiter zu verschärfen und zum Beispiel nur noch christliche Flüchtlinge aufnehmen zu wollen, was auch rechtlich gar nicht geht?

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass wir an der Verwirklichung von Demokratie und der Förderung demokratischen Bewusstseins arbeiten müssen. Schon die Tatsache, dass immer mehr Bürger sich nicht an Wahlen beteiligen, zeigt den Handlungsbedarf für Politiker, die den Anspruch erheben, das Volk zu repräsentieren. Erst recht müssen uns das Auftreten der AfD

sowie die verbalen und zunehmend auch tätlichen Angriffe auf Flüchtlinge und Asylbewerber alarmieren. Hier ist nicht nur die wehrhafte Demokratie gegen rechtsextreme Gewalttäter gefordert, sondern ebenso die schulische wie vor allem auch die außerschulische Bildungspolitik. Mit ihrer derzeitigen finanziellen Ausstattung können die Erwachsenenbildung im Allgemeinen und die politische Bildung im Besonderen diesen Anspruch nicht erfüllen. Vielmehr braucht es eine erheblich höhere institutionelle Förderung aller anerkannten Träger der Erwachsenenbildung, die ihnen den notwendigen Ausbau niedrigschwelliger Angebote in den Bereichen Grundbildung, demokratische und kulturelle Bildung ermöglicht.

IV.

Entwicklungspolitik. Integration der Menschen, die zu uns kommen, ist das Eine. Darüber hinaus müssen wir es ernsthaft angehen, die Fluchtursachen soweit als möglich zu beheben, denn sie, nicht die Flüchtlinge, sind das Problem. Dafür braucht es einen langen Atem, weil die Ursachen sehr unterschiedlich sind und viele Akteure mit oft gegensätzlichen Interessen zum Umdenken und entsprechenden Handeln bewegt werden müssen. Dass wir 2016 noch immer meilenweit vom Erreichen der Millenniumsziele entfernt sind, zeigt umso mehr, dass entschiedeneres Handeln notwendig ist.

Allzu oft wird Entwicklungszusammenarbeit als eine nette Geste gegenüber ärmeren Ländern verstanden, die nach Kassenlage und im Blick auf die eigenen wirtschaftlichen Interessen erfolgt. Nur so lässt es sich erklären, dass Deutschland immer noch nicht die vereinbarten 0,7 Prozent seines Bruttovermögens in die Entwicklungshilfe investiert (aber doppelt so viel in die Rüstung). Der für Entwicklungshilfe zuständige Minister Müller bezeichnet die jüngste Erhöhung als nicht ausreichend.

Damit können und dürfen wir uns nicht zufrieden geben. Vor allem dann nicht, wenn wir erkennen, dass unser Wohlstand auf einer globalen Wirtschaftsordnung beruht, welche die ärmeren Länder systematisch benachteiligt. Papst Franziskus hat es so formuliert: „Diese Wirtschaft tötet.“ Das lässt sich durch Beispiele belegen: Die WTO schreibt vor, dass die Länder ihre Wirtschaftspolitik nach dem Weltmarkt ausrichten statt auf die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung. Die Folge ist die Verelendung großer Teile der Bevölkerung, die ihre Existenzgrundlage verlieren. Das Aufbegehren dagegen führt zu Repressionen und kann, wie in Syrien, Bürgerkriege auslösen. Finanzstarke Investoren begehen in Entwicklungsländern Landraub in großem Stil und vertreiben Zehntausende von Menschen von dem Land, das sie über Generationen bewirtschaftet haben. Diese Praxis steht in diametralem Gegensatz zur alttestamentarischen Überzeugung, dass das Land letztlich Gott gehört.

Für die bayerische Politik heißt das, Entwicklungszusammenarbeit als Querschnittsaufgabe aller Politikfelder zu begreifen und zu praktizieren, ganz konkret zum Beispiel durch ein Verbot von Grabsteinen aus ausbeuterischer Kinderarbeit – ein Antrag der SPD-Landtagsfraktion, der nach vielen Anläufen jetzt endlich eine Mehrheit gefunden hat.

Seine Partnerschaftsarbeit darf Bayern nicht vorrangig an eigenen wirtschaftlichen Interessen orientieren, sondern an den Bedürfnissen der Menschen in ärmeren Ländern. Dazu gehört die Förderung der einheimischen Landwirtschaft statt des Imports von Nahrungsmitteln. Wichtig ist auch die

Unterstützung beim Aufbau einer funktionierenden Infrastruktur (vor allem sauberes Wasser, medizinische Versorgung, Schulen, Verkehrswesen, Gerichtsbarkeit), damit die Menschen in ihrer Heimat eine Zukunftsperspektive haben. Statt uns vor Armutsflüchtlings abzuschnitten, müssen wir endlich die Fluchtursachen bekämpfen. Auf Bundes- und EU-Ebene muss Bayern sich dafür einsetzen, dass keine Wirtschaftsabkommen zu Lasten der ärmeren Länder abgeschlossen werden – das gilt gerade auch für TTIP.

Allzu oft wird Entwicklungszusammenarbeit als eine nette Geste gegenüber ärmeren Ländern verstanden, die nach Kassenlage und im Blick auf die eigenen wirtschaftlichen Interessen erfolgt.

Mehr als bisher muss Bayern in interkulturelle Bildung und damit in die Erwachsenenbildung investieren. Wir haben nur eine Welt und wir sind dafür verantwortlich, dass alle Menschen menschenwürdig darin leben können.

V.

Bioethik. In Bezug auf das Ende (Sterbehilfe) wie auf den Anfang des Lebens wird immer wieder diskutiert, ob es Kriterien für lebenswertes Leben gibt und wer darüber entscheidet. Derzeit ist die pränatale Diagnostik wieder ins Blickfeld gerückt. Ein neuer vorgeburtlicher Bluttest auf das Down-Syndrom soll eine frühere Diagnose ermöglichen. Anders als bei der Fruchtwasseruntersuchung besteht nicht die Gefahr, dass dabei eine Fehlgeburt ausgelöst werde. Deshalb wird die Forderung erhoben, die Krankenkassen sollten diesen Test zahlen.

Das halte ich nicht für akzeptabel. Wird ein solcher Test Standard, geraten Eltern, die sich trotz diagnostizierter Behinderung für ihr Kind entscheiden, unter Rechtfertigungsdruck. In der Diskussion wird auch vielfach verkannt, dass eine Behinderung oft auch Folge eines Unfalls oder einer Krankheit ist und jeden im Laufe seines Lebens treffen kann. Für Christen ist jedes Leben ein Geschenk Gottes und daher unverfügbare.

Christliche Überzeugungen im Pluralismus der Weltanschauungen zu vermitteln ist sicher nicht einfach. Aber wir können dabei von Thomas von Aquin lernen, der gegenüber Nichtchristen mit der Vernunft, nicht mit der Offenbarung argumentierte. Auch lassen sich große Ziele meist nur in kleinen Schritten erreichen. Gerade in der Politik sind Kompromisse notwendig. Oft erweisen sich auch Korrekturen bei der Umsetzung als nötig, weil wir alle fehlbar sind.

Wichtig ist aber, immer das Ziel vor Augen zu haben und als solches anderen zu vermitteln. Saint-Exupéry hat diese Erkenntnis sehr schön formuliert: „Wenn du ein Schiff bauen willst, so suche nicht Leute, um Holz zu sammeln, Werkzeug herbeizuschaffen, Aufgaben zu verteilen und Arbeiten zu vergeben, sondern wecke in ihnen die Sehnsucht nach dem weiten Meer.“

Ich wünsche uns in Kirche und Politik, dass es uns gelingt, die Sehnsucht nach einer gerechten und solidarischen Gesellschaft – biblisch gesprochen: dem Reich Gottes – zu wecken und wachzuhalten. □



Diese Teilnehmerinnen waren am 9. und 10. September 2016 in die Evangelische Akademie Tutzing gekommen.